

Zucker- und Gemüsefragen.

Aus dem Reichstagsauschuß.

In der fortgesetzten Beratung des Reichshaushaltsausschusses des Reichstages über die Zuckerfrage erklärte ein volksparteilicher Abgeordneter eine Angabe für die Anbaufläche für erwünscht. Auf die Friedenserträge könne man bei der verminderten Stickstoffzufuhr nicht rechnen. Alle Zuckerrüben müßten für die Zuckerverarbeitung gesichert werden, was ein volksparteilicher Antrag verlangt. Der Rückgang der Anbaufläche im Jahre 1915 sei auf die Anregung des preussischen Landwirtschaftsministeriums zurückzuführen. Der Verdienst der Zuckerrüben könnte eine Minderung ertragen.

Präsident v. Batocki erklärte, daß die Zuckerverfütterung vom 30. Mai ab mit einer Uebergangszeit verboten werden soll. — Ein Sozialdemokrat wies darauf hin, daß mit dem Kunsthonig viel Schwindel getrieben werde. Ein völliges Verbot der Verwendung von Zucker zur Schokoladenerzeugung wäre nicht richtig. Der Zwischenhandelsgewinn an Zucker sei zu hoch. — Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß die J. E. G. als Händlerverdienst 5 Prozent als Fabrik festgesetzt habe. — Ein konservativer Abgeordneter (Bund der Landwirte) verlangte, daß denjenigen Wirtschaften, die aus Mangel an Saatkartoffeln

Zuckerrüben zum Verfüttern

angebaut haben, erlaubt sein solle, ihre Rüben in der Brennerei zu verwerten. Den Wirtschaften, die kein anderes Futter haben, sollte man den Zucker belassen, um das Vieh durchhalten zu können. Die Anregung des Landwirtschaftsministeriums, den Zuckerrübenbau einzuschränken, sei ein Fehler gewesen, vor dem die Freunde des Redners gewarnt hätten. Im Okkupationsgebiet sollten möglichst viel Zuckerrüben angebaut werden. Ein volksparteilicher Redner erwidert, der Anbau von Rüben statt Kartoffeln dürste vielleicht erfolgt sein, um der drohenden Beschlagnahme der Kartoffeln zu entgehen. Die Bezugsvereinigung verteuere durch zu hohe Zuschläge den Landwirten die Futtermittel. Diese letztere Angabe wird von einem Nationalliberalen eingehend begründet. — Ein Regierungsvertreter erwidert, die Bezugsvereinigung könne 7 Prozent Zuschlag erheben, davon 3 Prozent als Frachtszuschlag und für Lagerung und 4 Prozent zur Deckung der Verwaltungskosten. Ueberschüsse sollen zur Einfuhr von Futtermitteln verwendet werden. — Ein konservativer Abgeordneter erklärte, daß diese Ueberschüsse zum Teil zur Förderung der Schifffahrt auf der Donau zum Zweck der Einfuhr von Futtermitteln verwendet werden.

Der Ausschuß ging über zur Beratung der

Gemüseversorgung.

Der Berichterstatter trat für Förderung des Verbrauchs an frischem Gemüse ein, da der Mangel an Weißblech die Konservierung erschwere. Vom Spargel wurden im Frieden nur 25 Prozent frisch verbraucht, 75 Prozent konserviert. — Ein Regierungsvertreter legte dar, die Kriegsgemüsebau- und Verwertungs-Gesellschaft sei im Februar gegründet worden, um den Gemüsebau zu fördern und den Ertrag zu verteilen, außerdem wurde die Reichsstelle für Gemüse und Obst errichtet. Sie habe die Produktion anzuregen und den Frischverbrauch zu fördern und zu regeln. In den größeren Städten sollen Vermittlungsstellen eingerichtet werden. Der nicht frisch verbrauchte Teil werde verwertet durch Zuführung an die Konservenfabriken und Trocknungsanlagen. Durch die Errichtung der Kakaoverwertungs-Gesellschaft mit Monopolcharakter sei der Preis von 800 bis auf 300 Mark ermäßigt worden. Es seien nur geringe Vorräte vorhanden, und daher werde eine Verbrauchseinschränkung stattfinden. Für Kaffee und Tee seien Einfuhrmonopole geschaffen worden. Zwei Drittel der Vorräte seien für das Heer und die Marine zurückgestellt. Der Konsum sei erheblich zurückgegangen. Zur Streckung des Kaffees seien Zichorie, Gersten- und Roggenkaffee ausgegeben.

Ein volksparteilicher Abgeordneter verlangt bessere Regelung der Bewirtschaftung des Gemüses als im Vorjahr. Die Reichsgemüsestelle arbeite nicht so, wie es dem Publikum dienlich wäre. An Vorgängen in Liegnitz und Dithmarschen erläuterte der Redner, daß schon jetzt wieder Preistreiberien unter Mitwirkung der Sendlinge der Reichsgemüsestelle stattfänden. Wenn auch jetzt noch nicht die Preise festgestellt werden könnten, so müsse doch schon jetzt Vorsorge getroffen werden, daß Höchstpreise kommen. Nur so könne verhindert werden, daß dem Volke das Gemüse unmäßig verteuert werde. Zur Konservierung und Trocknung des Obstes sollten in jeder Gemeinde Anstalten getroffen werden. Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgem. erklärte die Kaffeestreckungs-Anordnungen für nicht zweckmäßig, die Ersatzmittel blieben liegen. Man sollte den Kaffee rationieren, die Groß- und Konsumbädereien zur Gemüsetrocknung heranziehen. Höchstpreise für Dörrengemüse müßten rechtzeitig eingeführt werden. Der Eierhandel sollte so, wie in Württemberg, für das ganze Reich geregelt werden. Ein Regierungsvertreter betonte, daß die Kaffeeverordnungen nach reiflicher Erwägung ergangen seien. Bei den gemahlten Mischungen müsse der Prozentsatz des Kaffees angegeben werden. Gemüsehandel und Gemüseverteilung müßten unter scharfer Aufsicht geregelt werden. Wenn Höchstpreise kämen, würden sie sehr viel früher kommen als im Vorjahre.

Es folgte die Beratung über

Wildschäden usw.

Der Berichterstatter verlangte Förderung des Flachsbauens. Für die Landwirtschaft komme die Beschaffung von Bindegarn in Betracht. Ein volksparteilicher Abgeordneter trug lebhaft Klagen aus Holstein, Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien über Wildschäden vor. Im Kreise Löwenberg sei die Zahl der Rehe in Röhrsdorf von 30 auf 200 gestiegen. In manchen Gemeinden Schlesiens sei die Zahl der Rehe auf die des Viehes gestiegen. In Holstein und in den Gegenden der Fideikommissen seien die Zustände geradezu skandalös, in Mecklenburg und Thüringen nicht besser. Durch Abschluß des Wildes sei Fleisch zu erlangen und die Ernte zu schützen. An einzelnen Orten würden 50 v. H. der Ernte vom Wild ruiniert. In Friedenszeiten schon seien solche Zustände kaum erträglich, in Kriegszeiten wirkten sie unglaublich verbitternd.

Präsident v. Batocki will dieser Anregung nachgehen, in Ostpreußen gäbe es fast kein Wild mehr. Ein Nationalliberaler schließt sich den Ausführungen des Volksparteilers an. Bei vielen Stellen finde man immer passiven Widerstand. Die Landwirtschaftskammern, auf die es ankomme, dächten gar nicht daran, einzuschreiten. In letzter Zeit habe man die größeren Landwirte länger beurlaubt als die kleinen, das sollte geändert werden. Präsident v. Batocki erwidert, daß bei den Beurlaubungen nur aus volkswirtschaftlichen Gründen entschieden werden könne. Da habe die Arbeit des größeren Landwirtes mehr Wert als die des kleinen. Aus diesem Grunde könne der Anregung nicht Folge gegeben werden. Der konservative Vertreter des Bundes der Landwirte erklärte, seine Partei könne ihre Zustimmung nicht geben zu den weitgehenden Eingriffen in Privatrechte, wie sie die Anträge über Wildschäden und Freigabe der Wälder für das Vieh enthielten.

Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung. Sämtliche Anträge zur Ernährungsfrage sollen dem parlamentarischen Beirat überwiesen werden und nach seiner Prüfung im Plenum des Reichstages beraten werden.